



**Flüchtlingsrat Brandenburg**  
Eisenhartstr.13, 14469 Potsdam  
[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de)

## **DENKZETTEL 2006 für strukturellen und systeminternen Rassismus**

an

**Herrn Harri Seeländer**  
Sozialpark Märkisch-Oderland

### **für den Erhalt der katastrophalen Flüchtlingsunterkunft Waldsiefersdorf**

weitere Verantwortliche sind:

Herrn H.-G. Klepzig, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben; Herrn T. Böduel,  
Sozialamtsleiter MOL; Herrn J. Reinking, Landrat a.D. MOL; den Filz des  
„Gesamtbürokraten“

#### **Begründung:**

Anfang Februar 2003 wurde das Flüchtlingsheim Waldsiefersdorf eröffnet – es sollte als „Durchgangsheim“ dienen, den Flüchtlingen wurde eine Unterbringung in Strausberg versprochen. Doch nichts dauert länger als ein Provisorium – mehr als 3 Jahre warten die Flüchtlinge nun auf den versprochenen Umzug aus einem Heim, das völlig isoliert und schwer zugänglich mitten im Wald liegt.

Die Verzögerung des Umzugs war das Gemeinschaftswerk vieler Akteure. Es ist nicht unsere Absicht, diesen Akteuren eine rassistische Einstellung zu unterstellen. Das Ergebnis des Handelns und Unterlassens der zuständigen Geschäftsführer und Behördenchefs jedoch ist die Verlängerung von Lebensbedingungen, die Flüchtlinge ausgrenzen und durch Isolation krank machen. Die Verantwortung für die katastrophale Lage der Flüchtlinge in Waldsiefersdorf wollte jedoch niemand übernehmen – sie wurden zwischen den verschiedenen Lagern zerrieben und haben die Konsequenzen dieser Art der Unterbringung zu tragen.

Aus diesem Grunde geht der DENKZETTEL 2006 an alle beteiligten Akteure – so u.a. an den Sozialpark-Mitarbeiter Herrn Harri Seeländer für die viel zu späte Einleitung einer Suche nach einem geeigneten Objekt für die Flüchtlinge in Strausberg. Zudem hätte die Abmachung „Vorhaltung von Betten“, also die Schaffung eines (rechtlich nicht bekannten) „Durchgangsheimes“, nicht eingegangen werden dürfen, da ein Landkreis verpflichtet ist, geeignete Unterkünfte für Flüchtlinge zu stellen (das kann eine Gemeinschaftsunterkunft oder es können auch Wohnungen sein, hat der Landkreis keine geeignete gemeinschaftliche Unterkunftsmöglichkeit). Die Flüchtlinge mussten Anfang Februar 2003 in eine Unterkunft ziehen, in der es kaum Mobiliar gab und das Trinkwasser nicht genießbar war.

Spätestens beim Einzug der Flüchtlinge aus dem geschlossenen Heim Kunersdorf im Jahre 2005 war deutlich, dass es sich hier keineswegs um eine „Durchgangsunterkunft“ handelt – nun leben alle Flüchtlinge aus MOL in einem Gebäude, das eigentlich nur zur „Bettenbereithaltung“ taugt. Doch die Verantwortung für die missglückte Objektsuche will auch im Sozialpark niemand übernehmen.